



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

SFH OSAR

# **Kosova: Zur sozialen und humanitären Situation im Sommer 2000**

**Ergebnisse einer Abklärungsreise vom 9. bis 15. August –  
Update der Lageanalyse vom März 2000**

Rahel Bösch, Länderanalyse SFH


Bern, August 2000

MONBIJOUSTRASSE 120 POSTFACH 8154 CH-3001 BERN  
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch  
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>  
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEWO

## Impressum

### HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 / 370 75 75  
Fax 031 / 370 75 00  
E-Mail: [INFO@sfh-osar.ch](mailto:INFO@sfh-osar.ch)  
Internet: [www.sfh-osar.ch](http://www.sfh-osar.ch)  
PC-Konto: 30-1085-7

### AUTORIN

Rahel Bösch, Länderanalyse SFH


### SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

### PREIS

Fr. 10.— inkl. 2,3 % MWSt., zuzgl. Versandkosten

### COPYRIGHT

© 2000  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

## Einleitung

Dieses Update der Lageanalyse vom März des laufenden Jahres beruht auf einer weiteren Abklärungsreise vor Ort.<sup>1</sup> Diesmal standen nicht die ethnischen Minderheiten im Vordergrund der Abklärungen. Vielmehr wurde nach der aktuellen sozialen und humanitären Situation im Hinblick auf die Rückkehr von sozial schwachen Personengruppen gefragt. Vor Ort wurden Gespräche mit VertreterInnen der UNMIK (Zivile Administration, Gender Issues, Demokratisierung und Wahlen, Wiederaufbau, Gesundheitsdepartement), des UNHCR (Protection, Minorities, Women's Initiative), der OSCE (Menschenrechte, Wahlen) sowie des Bundesamtes für Flüchtlinge BFF geführt. Weiter gab es Treffen mit MitarbeiterInnen von Hilfswerken, lokalen Parteien und Menschenrechts- sowie Frauenorganisationen. Ausserhalb Pristinas wurden zurückgekehrte Personen und Familien aus der Schweiz, Kollektivzentren, Spitäler und Frauenprojekte sowie das Romacamp in Plementina besucht. Caritas Schweiz und Caritas Network waren vor Ort bei der logistischen Organisation der Reise behilflich. Der Hinflug konnte mit einem RückkehrerInnenflug (Charter IOM) erfolgen, der Rückflug mit VBS (Swisscoy). Den erwähnten Institutionen sei an dieser Stelle für die Unterstützung herzlich gedankt.

## Überblick

Die internationale Gemeinschaft unternimmt grosse Anstrengungen, um die Situation in Kosova zu normalisieren. Auch die Bevölkerung selbst ist sehr engagiert und zeigt im Wiederaufbau eine grosse Eigeninitiative. Vor Ort werden insbesondere auch die Hilfeleistungen der Schweiz beim Wiederaufbau der Häuser und Infrastruktur geschätzt. Trotz der grossen Hilfeleistungen von aussen und des Engagements der Bevölkerung bleibt Kosova auch ein Jahr nach dem Einmarsch der NATO-Truppen gezeichnet von Krieg und einer humanitären Katastrophe mit einem grossen Ausmass an Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen. „Die Gesellschaft in Kosova ist mit enormen wirtschaftlichen Problemen, massiver Arbeitslosigkeit, fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen, vielen intern Vertriebenen sowie signifikanten Sicherheitsproblemen konfrontiert.“ So werden die Probleme dieser Nach-Kriegs-Phase in einer Vernehmlassung zum Problem des Frauenhandels in Kosova auf den Punkt gebracht.<sup>2</sup>

Nachdem im Frühling die Nothilfephase sowohl in der humanitären Versorgung als auch der Erstellung von Unterkünften abgeschlossen wurde, haben sich mittlerweile zahlreiche NGOs zurückgezogen; auch multilaterale Organisationen haben ihre Programme gekürzt oder abgeschlossen. Dies führt zu einem stetigen Rückgang der verfügbaren Mittel. Die strukturelle, politische und finanzielle Verantwortung wurde an die UN-Verwaltung, die UNMIK übergeben. Obwohl damit planmässig die Emergency-Phase abgeschlossen und die langfristige Wiederaufbauphase eingeleitet wurde, ist bisher weder hinsichtlich Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Situation noch politischer Stabilität die erhoffte Normalisierung

---

<sup>1</sup> Die SFH beobachtet die Situation vor Ort seit Jahren kontinuierlich. Seit dem Einmarsch der NATO-Truppen im Juni vergangenen Jahres wurden neue Kontakte mit VertreterInnen der internationalen und nationalen Organisationen vor Ort aufgebaut. Im Oktober 1999 sowie im März des laufenden Jahres veröffentlichte die SFH umfangreiche Lageanalysen zu Kosova. Die hier in aller Kürze aufgeführten Informationen, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen sind vor dem Hintergrund der langfristigen Lagebeobachtung und den entsprechenden Analysen zu verstehen.

<sup>2</sup> Trafficking as part of wider problems of violence and conflict, in: Input for DAW on Trafficking in Women and girls in Kosova; Übersetzung Rahel Bösch

eingetreten. Dies hat vielfache Gründe und muss auch aus dem Gesamtkontext der fortgesetzten regionalen Spannungen sowohl in Serbien als auch Montenegro verstanden werden.<sup>3</sup> Die neuen Verwaltungs-Strukturen existieren auch im August grösstenteils erst auf dem Schreibtisch; Konzepte, deren Umsetzung wegen fehlender Mittel fraglich ist, sind in der Prüfungsphase, Personal wird rekrutiert, während die humanitäre Versorgung fortlaufend reduziert wird. Die UNMIK ist aus verschiedenen Gründen mit der Aufgabe, sowohl den materiellen Wiederaufbau durchzuführen als auch eine funktionierende zivile Verwaltung aufzubauen, überfordert. Für jene Personen, die heute in der Folge des Kriegs auf sozialstaatliche Strukturen angewiesen wären, führt dies zu problematischen Folgen. Ohne dass sich die Lage in wirtschaftlicher und sicherheitsmässiger Hinsicht wesentlich verbessert hätte, werden in diesen Sommermonaten Tausende von KosovarInnen aus dem westlichen Ausland repatriert.

## Soziale Situation

Die soziale Situation ist weiterhin problematisch. Es gibt nur wenige Arbeitsplätze - über 65 Prozent der arbeitsfähigen Personen sind arbeitslos. Auch die Mehrheit der RückkehrerInnen hat keinerlei Chancen, eine Arbeit zu finden, da nach wie vor kaum Güter produziert werden und es somit praktisch keinen Arbeitsmarkt gibt.

- Im Dienstleistungssektor (Gesundheit und Schulen) stehen Massentlassungen bevor, weil das dort angestellte Personal nach den neuen UNMIK-Vorgaben überzählig wird oder den Ausbildungsanforderungen nicht genügt. Diese Massnahme bedeutet, dass weitere Hunderte von Personen arbeitslos werden, ohne dass Arbeitslosengeld oder Pensionen ausbezahlt werden könnten.
- Mittlerweile sind für die insgesamt 27 Fürsorgeämter (siehe auch Lageanalyse März 2000) zwar grösstenteils Büros gefunden, die Beschaffung von Autos ist gesichert, die Ausbildung des Personals angelaufen. Sobald die Zuständigen über die notwendige Infrastruktur verfügen werden, können sie damit anfangen, die FürsorgeempfängerInnen zu eruieren; das bedeutet, dass während der kommenden Monate die unmittelbare Versorgung fürsorgeabhängiger Personen nicht gesichert ist.
- Den neuen Angestellten in den Zentren für soziale Wohlfahrt konnten Mitte August die Julilöhne noch nicht ausbezahlt werden.
- Aufgrund der Mittelknappheit können vorerst nur insgesamt 24'000 Begünstigte eine rudimentäre Unterstützung erhalten: An eine fünfköpfige Familie, die arbeitsunfähig ist, kann das Maximum an monatlichen Fürsorgegeldern von DM 120.- ausbezahlt werden; kleinere Familien, beispielsweise eine alleinstehende Mutter mit drei Kindern, erhalten weniger; es besteht die Möglichkeit, auch Nahrungsmittelhilfe zu bekommen. Um in diese Kategorie I zu gelangen, muss man sich beim Fürsorgeamt bewerben. Der institutionelle Weg ist insbesondere für mittellose Menschen in abgelegenen Dörfern problematisch (Information über diese Möglichkeit, Bewerbung in der Stadt, Auszahlung in der Stadt, etc.).

---

<sup>3</sup> Die komplexen Zusammenhänge in: SFH: Kosova - Lageanalyse, Bern März 2000 und Montenegro - Lageübersicht, Informationen zur aktuellen Situation, Juni 2000

- Für die Mehrheit der Bevölkerung, die zwar keine Arbeit hat, aber nicht aus Altersgründen oder aufgrund von Krankheiten arbeitsunfähig ist, gibt es vorerst keinerlei Unterstützung. In einer späteren Phase, die ursprünglich im Juli hätte einsetzen sollen, wird eine Kategorie II berücksichtigt, wo auch Arbeitslose in den Genuss einer Unterstützung kommen können (sofern sie minderjährige Kinder und weniger als einen Hektar Land haben).<sup>4</sup>
- Es gibt nur diese beschränkten Fürsorgegelder; also keinerlei Arbeitslosenversicherung, Witwen-, Waisen- oder Altersrenten, keine Invalidenrente und keine entsprechenden Ämter oder Anlaufstellen.
- Durch Krieg, Vertreibung und Zerstörung sowie den Verlust von Familienangehörigen ist die soziale Tragfähigkeit des Familienverbandes zurückgegangen. Ein grosser Teil der Bevölkerung leidet unmittelbar an den Kriegsfolgen: Soziale Unsicherheit, Existenzangst, Raumknappheit, Traumatisierung.
- Viele Familien kehren mit nur geringen Mitteln aus dem Ausland zurück. Zum Teil haben sie während der Kriegsmonate und seit dem Einmarsch der KFOR ihre Angehörigen vor Ort stark unterstützt, zum Teil haben sie sich sogar verschuldet, um nach Deutschland oder in die Schweiz zu gelangen. Die Rückkehrhilfe ist in vielen Fällen vor diesem Hintergrund in kurzer Zeit für die Sicherung des alltäglichen Lebensunterhaltes aufgebraucht.

Fazit: Generell hat sich die soziale Situation während der vergangenen Monate nicht verbessert, sondern aufgrund des Rückzugs der humanitären Hilfe, der Ressourcenknappheit der UNMIK-Verwaltung, der schwerfälligen Bürokratie und des ausbleibenden wirtschaftlichen Aufschwungs zusammen mit der Rückkehr von Tausenden von KosovarInnen aus dem Ausland eher zugespitzt.

## Wiederaufbau

Seit Kriegsende hat die Schweiz (DEZA) rund 1'000 Häuser von bedürftigen Familien renoviert oder neu aufgebaut. Das breit gefasste Haus-Wiederaufbauprogramm der EU (UNMIK Pillar IV) ist ins Stocken geraten. Die EU wird 20 Prozent der insgesamt 70'000 zerstörten Häuser wiederaufbauen können. Mit der Implementierung ihres Jahressolls von geplanten 8'000 Häusern (Kategorie 5, total zerstört für Menschen in besonders schwieriger sozialen Situationen) ist sie im Verzug.

- In vielen Gegenden sind in diesen Wochen erst die Begünstigten des EU-Programms festgelegt oder gar erst die Dorfkomitees gegründet worden, die die Begünstigten - nämlich die stärksten Sozialfälle - auswählen sollen. Deren Vorschläge müssen zuerst von den VertreterInnen der UNMIK geprüft werden. Aufgrund der Mittelknappheit kann das Fundament der Häuser nicht finanziert werden.

---

<sup>4</sup> Wie umständlich die entsprechenden Abklärungen werden können, zeigt allein dieses Beispiel: Bei nicht existierenden Grundbucheintragungen sind die Besitzverhältnisse in vielen Fällen nicht geklärt. Hinzu kommen komplizierte Nutzungsrechte für Kernfamilien innerhalb der Grossfamilie.

- Angesichts der offensichtlichen Notlage und des bevorstehenden Winters wird dieses bürokratische Vorgehen, das zwar maximale Gerechtigkeit sichern will, aber de facto zu einem grossen zeitlichen Verzug geführt hat, auch innerhalb der internationalen Organisationen scharf kritisiert. (Dass trotz des stockenden Wiederaufbaus und vergeblichen Wartens der Leute die UNMIK mit dem Niederreißen von Häusern, die ohne Genehmigung gebaut wurden, droht, hat grossen Unmut, um nicht zu sagen, Wut unter der Bevölkerung ausgelöst).
- Ein weiteres Problem besteht darin, dass in der Regel gerade die sogenannten Sozialfälle, beispielsweise alleinstehende Frauen mit Kindern, nicht über die Arbeitskräfte verfügen, das Haus aufzubauen (nur das Material wird gestellt). Meistens haben sie auch keinerlei finanzielle Mittel, um die Zusatzkosten (beispielsweise das Fundament, Werkzeuge, etc.), geschweige denn die notwendigen Arbeitskräfte zu bezahlen. Zudem werden sie in vielen Fällen bei den Assessments nicht sichtbar, weil sie noch in den Kollektivzentren untergebracht sind.<sup>5</sup>
- Pro Gehöft wird nur ein Haus wiederaufgebaut: Wenn bereits ein Haus vorhanden ist, kommt die Person nicht ins Programm, selbst wenn sie theoretisch zur Kategorie der sozial extrem Schwachen (extremely vulnerable cases) gehört.
- Die EU (Pillar IV, UNMIK) hat in mehreren Gebieten nicht jene Organisationen für die Implementierung berücksichtigt, die bereits seit letztem Sommer vor Ort tätig sind und sowohl logistisches Know How als auch Personal haben, sondern New-Comer, die keine Erfahrung haben.
- Aufgrund der knappen Finanzen und der Tatsache, dass die Leute zum Teil seit Monaten darauf warten, dass die Mittel für den Wiederaufbau kommen, haben Rückkehrende keine Chancen mehr, noch in Programme aufgenommen zu werden.
- RückkehrerInnen aus der Schweiz hatten, sofern sie in der Phase II des Rückkehrhilfeprogramms sind, die Chance, in ein Wiederaufbauprogramm der DEZA zu kommen, wenn auf ihrem Gehöft kein wiederaufgebautes Haus stand. RückkehrerInnen der Phase III (insgesamt rund 5'000) werden nicht mehr in dieses Programm aufgenommen. Unter anderem hatten jedoch diese Personen gerade aufgrund des Zerstörungsgrades ihrer Häuser sich gegen eine Teilnahme beim freiwilligen Rückkehrprogramm entschlossen. Bisher kommen 384 RückkehrerInnen (Phase I und Phase II) aus der Schweiz in den Genuss des Wiederaufbauprogramms.<sup>6</sup>

Fazit: Der Wiederaufbau der zerstörten Häuser geht nicht im geplanten Tempo voran. Es fehlt an Unterkünften bei gleichzeitiger Rückkehr von Tausenden von Menschen aus dem Ausland.

---

<sup>5</sup> Im Wiederaufbauprogramm der DEZA wurden in solchen Fällen die Arbeitskräfte bezahlt.

<sup>6</sup> Die TeilnehmerInnen von Phase I und Phase II des Rückkehrhilfeprogramms des Bundes erhielten Materialhilfe (shelter kit) im Wert von DM 1'200.- (Phase I). Für die Phase II-TeilnehmerInnen standen wahlweise Materialhilfe vor Ort oder ein Beitrag an die Transportkosten in der Höhe von 1'000 DM (bei 1 bis 3 Personen und bis zu 1'500 DM bei Haushalten mit fünf Personen) zur Verfügung.

## Unterkunft

Dementsprechend problematisch ist die aktuelle Wohn- und Unterkunftssituation. Auf den Winter hin wird eine Verschärfung der Situation befürchtet.

- Die Kollektivzentren sind grösstenteils in einem schlechten Zustand. Viele Menschen haben die Zentren verlassen und den Sommer in Zelten auf ihren Gehöften verbracht, sei es um in Eigeninitiative den Wiederaufbau anzupacken oder, um im Zelt auf ihrem Boden zu warten, bis die Internationalen vorbeikommen und die Begünstigten bestimmen.
- In den Kollektivzentren sind bis heute die schwächsten Mitglieder der Nach-Kriegsgesellschaft geblieben: Witwen, Frauen von vermissten Männern, Frauen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in ihre Familie zurückkehren konnten, alte Paare, Minderjährige, mittellose Familien mit zerstörten Häusern.
- Mit Abschluss der Emergency-Phase wurde die Führung der Kollektivzentren vom UNHCR an die UNMIK übergeben. Die längerfristige Finanzierung der Zentren (Gebäudeerhalt und Strom/Wasserversorgung) ist nicht gesichert.<sup>7</sup> Die Kollektivzentren bedeuten lediglich ein Dach über dem Kopf. Die humanitäre Hilfe für die Insassen wurde gestrichen. Die Menschen müssen sich formal für die Sozialhilfe (siehe oben) bewerben. Die Zentren sind oft abgelegen. Die Insassen verfügen meist nicht über Geldmittel. Nach dem Abschluss der humanitären Hilfe ist vielerorts grosse Angst zu spüren, den Zugang zur Überlebenshilfe ganz zu verlieren.
- Die Familien leben in enorm beengten Verhältnissen. Vielfach sind sie intern vertrieben, leben also in der Stadt in kleinsten Wohnungen, weil ihre Häuser auf dem Land zerstört sind. Es kommt vermehrt zu sogenannten "secondary displacements", das bedeutet, dass Familienangehörige aus dem Zimmer bei den Verwandten ausziehen müssen, weil nähere Familienmitglieder aus dem Ausland zurückkehren.
- Das Gastfamiliensystem hat die Grenzen der Aufnahmefähigkeit in vielen Regionen überschritten. Das traditionelle Sicherheitsnetz der Grossfamilie, das zumindest anfängliche Unterbringung von Rückkehrenden gesichert hatte, ist nicht mehr verlässlich.
- Das Vorgehen, pro Gehöft höchstens (wenn überhaupt, siehe oben) ein Haus wiederaufzubauen, bringt grosse Probleme mit sich: Im traditionellen albanischen Familienverband verfügte jede Kernfamilie, also Vater, Mutter und Kinder über ein eigenes Haus oder Häuschen. Wenn das Land für den Bau eines weiteren Hauses nicht mehr reichte, mussten die Söhne in der Regel den heimatlichen Hof verlassen. Es entspricht also keineswegs der Tradition, dass - wie dies heute aus der Not heraus vielfach der Fall ist - pro Haus bis zu drei oder vier Kernfamilien und pro Zimmer bis zu zehn Personen aus dem weiteren Familienverband leben. Ein weiterer Winter in noch engeren Verhältnissen als während des letzten wird grosse Probleme mit sich bringen.

Fazit: Auch im Bereich der Unterkunft hat sich die Situation nicht wie geplant und erhofft verbessert. Die Kollektivzentren bieten keine haltbare Alternative für die sozial schwachen

---

<sup>7</sup> Die Schweiz leistet einen namhaften Beitrag an den Unterhalt der Gebäude, dank dem die Finanzierung bis Ende August gesichert ist.

Personen (vulnerable cases). Die Unterbringung der Bevölkerung im Winter wird grosse Probleme mit sich bringen.

## Medizinische Versorgung

Das medizinische Versorgungssystem ist weitgehend überlastet und die Behandlungsmöglichkeiten sowie die Medikamentenversorgung sind sehr beschränkt. Das zuständige Departement innerhalb der UNMIK hat in mehreren Verlautbarungen die Behörden der westlichen Länder klar und deutlich über die Grenzen der Behandlungsmöglichkeiten informiert.<sup>8</sup> Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Infrastrukturen führt zusammen mit den Kriegsfolgen zudem zu mangelnden hygienischen Verhältnissen.

- In der Folge des Kriegs und der Änderung der politischen Verhältnisse nehmen heute mehr Menschen als je das medizinische Versorgungssystem in Anspruch.<sup>9</sup>
- Die Regionalspitäler sind erst notdürftig saniert. Mit Ausnahme von Giakova, wo schon einige Reparaturen vorgenommen wurden, sind die Spitäler auch im August noch schlecht ausgestattet, das Equipment veraltet und überlastet und die Kapazitäten dementsprechend beschränkt. Es fehlt zudem an fachlich gut ausgebildetem Personal.<sup>10</sup>
- Das Spital in Peja ist noch nicht lückenlos an die Wasserversorgung angeschlossen. Die hygienischen Zustände sind dementsprechend katastrophal. Die anfallende Wäsche kann beispielsweise kaum gewaschen werden.
- Das gleiche gilt für Prizren. In Prizren arbeiten die veralteten Dialysemaschinen in drei Schichten, um alle PatientInnen regelmässig zu versorgen. Der leitende Arzt will nicht für die Versorgung von weiteren Personen garantieren. Für RückkehrerInnen, die an einen höheren hygienischen Standard gewöhnt sind, komme zudem das Risiko einer Infektion hinzu. Wenn solche Personen aufgrund mangelnder hygienischer Bedingungen sterben würden, mache er persönlich jene Leute verantwortlich, die solche PatientInnen im jetzigen Zeitpunkt zurückschickten, so der Abteilungsarzt.
- Ein Aufenthalt im Wochenbett ist im Spital Prizren unmöglich. Nach 12 bis 24 Stunden müssen die Wöchnerinnen das Spital mitsamt dem Neugeborenen verlassen, ungeachtet dessen, in welchen abgelegenen Dörfern unter welchen hygienischen Umständen und in welcher Unterkunftssituation sie leben. Es kommt trotzdem vor, dass sich Wöchnerinnen für die wenigen Stunden des Spitalaufenthalts das Bett nach der Geburt teilen müssen.
- Bis zur eigentlichen Geburt erhalten die Gebärenden keine Begleitung oder psychologische Betreuung. Sie sitzen alleine auf kahlen Operationstischen und werden

---

<sup>8</sup> UNMIK-Health Department: Treatment Possibilities in Kosovo (5/200), deutsche Übersetzung durch SFH siehe Annex zu diesem Update

<sup>9</sup> Die albanische Bevölkerung nahm vor dem Krieg das offizielle medizinische Anspruch kaum mehr in Anspruch und baute ein paralleles Basisgesundheitsystem auf (Mutter Teresa): siehe auch SFH-Länderanalyse, Das medizinische Versorgungssystem in Kosova, Suzanne Auer, Bern 1996/ Bern 1998

<sup>10</sup> Ausführliche Informationen siehe auch SFH-Lageanalyse, Bern März 2000

durch ein Glasfenster von dem medizinischen Personal beobachtet. Die Geburts-Abteilung in Prizren hat 33 Betten, pro Tag werden auf der Abteilung rund 20 bis 30 Babies geboren. Zwischen Januar und Juli des laufenden Jahres gab es insgesamt 3007 Neugeburten.

- Rund 300 Personen warten derzeit auf eine sogenannte medizinische Evakuierung durch die IOM. Die Priorität (Gefährdungsgrad und Platz auf der Warteliste) kann jedoch nicht vom medizinischen Standpunkt her bestimmt werden. Vielmehr machen die Donatoren, also jene Länder, die die medizinische Behandlung des Falls übernehmen, die Auswahl. Dies führt dazu, dass vor allem medienräftige Fälle, namentlich Kinder evakuiert werden. Bisher wurde noch kein Erwachsener für einen onkologischen Eingriff oder für eine Herzoperation berücksichtigt.
- Es gibt keine psychiatrischen Kliniken. Im einzigen Spital für geistig Kranke herrschen mittelalterliche Zustände. PatientInnen mit unterschiedlichsten Erkrankungen, Kinder und Erwachsene, Frauen und Männer sind unter gefängnisartigen Umständen untergebracht. Hinzu kommen noch Kriegsvertriebene, die keine Unterkunft gefunden haben.
- Die Zahl der Kriegstraumatisierten ist sehr hoch. Es gibt kaum adäquate therapeutisch-psychologische Behandlungsmöglichkeiten. Die vor Ort tätigen NGOs sind mit Tausenden von Schwertraumatisierten konfrontiert.<sup>11</sup>
- Eine kontinuierliche Medikamentenversorgung ist nicht gewährleistet.<sup>12</sup>

Fazit: Die medizinische Versorgung sowohl von hochschwangeren RückkehrerInnen als auch generell von PatientInnen, die spezifischer medizinischer Fürsorge bedürfen, ist nach wie vor nicht gesichert. Das Versorgungssystem ist überlastet. Der hohe Hygienestandard, an den RückkehrerInnen aus dem westlichen Ausland gewöhnt sind, kann vor Ort oft nicht eingehalten werden. Dies bringt für all jene eine Gefährdung mit sich, die in diesem Bereich sensibel sind. Eine adäquate therapeutische Behandlung für traumatisierte RückkehrerInnen ist vor Ort nicht gewährleistet.

## Situation alleinstehender Frauen

Die Minderheitenproblematik und Sicherheit sowie die politischen Fragen haben in der UNMIK in jeder Hinsicht oberste Priorität. Gender Issues und die Schaffung von Systemen, die den Frauen in dieser Nachkriegsphase Sicherheit geben könnten, stehen an nachgeordneter Stelle. Mittel und Strukturen zum Schutz der Frauen fehlen weitgehend. Der Krieg hat eine grosse grosse Zahl von alleinstehenden Müttern zurückgelassen, die in sozialer und ökonomischer Sicht besonders gefährdet sind.

- Die UNIP (internationale Polizei) und KFOR fühlen sich oft nur zuständig für den Schutz der Minderheiten. Laut Auskunft der MitarbeiterInnen von Medica Kosova in Giakova konnte erst nach mühseligen Verhandlungen mit der KFOR und UNMIK erreicht werden,

---

<sup>11</sup> siehe auch Annex: Traumatized People Returning to Kosova, Schreiben von Medica mondiale Kosova

<sup>12</sup> siehe Annex Treatment Possibilities

dass sich diese Kräfte bereit erklärten, auch bei einem Haus, wo alleinstehende Frauen und Kinder vorübergehend Unterkunft gefunden haben, zu patrouillieren.

- An Leib und Leben bedrohte Frauen können nirgends in Sicherheit untergebracht werden. Der Fall der 17jährigen Ilire<sup>13</sup> zeigt die Problematik deutlich. Sie wurde von ihrem Onkel missbraucht und dann von ihrer Familie bedroht, weil der Fall an die Öffentlichkeit gelangte. Von den Verwandten bedroht, wandte sich Ilire an Vertreterinnen von internationalen Organisationen. Diese wurden ihrerseits davor gewarnt, sich in diese Familienangelegenheit einzumischen, lokale Übersetzer wurden bedroht. Die Sicherheit dieses Mädchens kann im aktuellen Umfeld nicht gewährleistet werden. Zurzeit wird sie zu ihrer eigenen Sicherheit in einem Gefängnis untergebracht.
- Unverheiratete Mütter sind gesellschaftlich geächtet. Dies führt dazu, dass Babies in vielen Fällen wenige Stunden nach der Geburt in den Gebärabteilungen zurückgelassen und in der Regel sofort zur Adoption freigegeben werden.
- Das nicht funktionierende Rechtssystem führt dazu, dass Frauen kaum Rechtswege ausschöpfen können, um beispielsweise Eigentumsansprüche oder Fragen des Sorgerechts sowie der Unterhaltspflicht geltend machen zu können. Gewalttätige Übergriffe werden nicht verfolgt, es gibt keine Instanz, die den Frauen auch nur minimale Sicherheit bieten würde.
- Zahlreiche alleinstehende Frauen können nicht in die Dörfer zurück. Sie verbleiben in der Stadt und sind dort dem harten Überlebenskampf ausgeliefert.
- Repatrierte alleinstehende junge Mädchen und Frauen, die aus dem Zusammenhang der Kernfamilie herausgerissen wurden, sind der Obhut ihrer männlichen Verwandten hilflos ausgeliefert. Diese sehen sich oft ausserstande, eine zusätzliche Person zu versorgen. Zudem gibt es Fälle von Zwangsheiraten sowie sexuelle Übergriffe.
- Der Handel mit Frauen aus Osteuropa, die zum Teil freiwillig der Prostitution nachgehen, zum Teil aber auch gekidnappt und in die Prostitution gezwungen werden, ist in Kosova weit verbreitet. Kosovarische Frauen, die der Prostitution nachgehen, werden in der Regel ausserhalb des Landes gebracht, weil sie vor Ort zu schnell erkannt werden könnten. Kosovarische Frauen und Mädchen, die aus irgendwelchen Gründen in der Prostitution landen, verschwinden damit regelrecht von der Bildfläche.

Fazit: Im Nachkriegskontext und vor dem Hintergrund des traditionellen patriarchalischen Systems sind die Frauen und Mädchen auf sozialer, ökonomischer und politischer Ebene schutzlos.

---

<sup>13</sup> Name geändert, liegt der SFH vor

## Verwaltung und Administration

Die UNMIK ist zu einem grossen Verwaltungsapparat herangewachsen. Die Personalbesetzung unterliegt einer starken Fluktuation. Die UNO hat kaum Erfahrungen mit der Rolle einer Übergangsregierung. Die internationalen Angestellten stammen aus unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen und bringen ebenso unterschiedliche Motivationen mit sich. Ein Grossteil der internationalen Gelder versickert in der Bürokratie; es fehlt an Mitteln, um die Verwaltung funktionsfähig zu machen (Auszahlung von angemessenen Gehältern an lokale Fachkräfte und Verwaltungsmitglieder, Etablierung eines Sozialhilfesystems, Aufbau der Häuser).

- Die Exekutive funktioniert nicht wirklich. Zwar ist der formale Einbezug der lokalen VertreterInnen durch das Co-Head-System eingeleitet. Die lokalen Repräsentanten klagen über mangelnde Kompetenzen und Gängelei durch ausländische VertreterInnen, die weder den nötigen Zugang noch die entsprechende Erfahrung hätten.
- Sowohl seitens der internationalen als auch der lokalen GesprächspartnerInnen werden Misstrauen, Frustration und Enttäuschung formuliert: Von letzteren wird der Vorwurf der ineffizienten und arroganten Bürokratie gemacht, die UNMIK-Seite kritisiert die fordernde Erwartungshaltung und Ungeduld der lokalen Bevölkerung.
- Die UNMIK war so sehr mit der Bewältigung der unmittelbaren Probleme beschäftigt, dass sie sich zu spät mit der RückkehrerInnenfrage aus dem Ausland auseinandergesetzt hat. Bei der geplanten Umstrukturierung und Reduktion der Kollektivzentren wurde beispielsweise nicht an die RückkehrerInnen gedacht.
- Die UNMIK stellt sowohl im Memorandum of Understanding (MOU) als auch in entsprechenden Verhandlungen stark auf die freiwillige Rückkehr ab (siehe unten) und warnt vor einer erzwungenen Rückkehr in sozial schwierige Situationen und fragile Strukturen vor Ort. Bezüglich der Repatriierungsfrage ist die UNMIK in einer Pattsituation: Auf Donationen aus dem westlichen Ausland angewiesen, deren Auszahlung mit der Auflage der Rückübernahme von KosovarInnen im Ausland verbunden sind, kann sie die Repatriierung nicht direkt kritisieren.

Fazit: Die UNMIK stellt keine eigentliche Regierung dar. Sie ist vielmehr ein Kaleidoskop von VertreterInnen unterschiedlichster Nationen und Motivationen. Es gibt keine einheitliche Policy. Dies führt zu einem grossen Ressourcenverschleiss. Die ausschliessliche Abhängigkeit von Donationen aus dem Ausland verhindert eine eigenständige Exekutive.

## Repatriierung

Nach dem Winter setzte eine Rückkehrbewegung von KosovarInnen aus dem westlichen Ausland ein. Die UNMIK warnte vor forcierter Rückkehr und informierte stets über die fragilen Strukturen, die sich erst im Wiederaufbau befinden. Ungeachtet der ausbleibenden Verbesserung der sozialen Situation vor Ort, wurde die Rückführung von Tausenden von KosovarInnen fortgesetzt.

- Die UNMIK kann nicht explizit die Rückübernahme von Deportierten verweigern. Sie stellte jedoch wiederholt klar, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme, keine Politik der erzwungenen Rückkehr unterstützt werden könne. Die UNMIK fordert die Freiwilligkeit der Rückkehr und stellt klar, dass Rückführungen unter Druck sehr problematisch sind. In den Memorandums of Understanding MOU (sowohl mit Deutschland als auch der Schweiz) setzt die UNMIK auf die freiwillige Rückkehr im Wissen, dass freiwillige Rückkehr auf der klaren positiven Beurteilung der Überlebens- und Reintegrationsmöglichkeit der Betroffenen selbst beruht.
- Laut MOU werden nur BürgerInnen mit letztem Wohnsitz in Kosova aufgenommen. Das MOU schliesst damit auch die Übernahme von AlbanerInnen aus Südserbien klar aus.
- Es gibt keine wirkliche Grenzkontrolle, keinen eigentlichen Transit. Die landenden Charter können keine abgewiesenen RückkehrerInnen zurücknehmen, da sie von IOM nur Oneway gebucht sind.
- Phase II und namentlich Phase III des schweizerischen Rückkehrhilfeprogramms, wo unter Drohung der Zwangsausweisung die freiwillige Ausreise erzielt wurde, wird von Fachkreise vor Ort als nicht freiwillige, sondern als indirekt (oder direkt) induzierte respektive erzwungene Rückkehr deklariert. Diese Praxis hat viele sogenannte vulnerable cases produziert. Namentlich Menschen in einer sozial schwachen Situation, mit niedrigem Bildungsstand, ländlicher Herkunft oder grosser Traumatisierung haben die Rechtsmittel in der Schweiz nicht ausgeschöpft. Von einer Zwangsausstaffung bedroht, haben sie es in vielen Fällen vorgezogen, mit etwas finanzieller Unterstützung freiwillig auszureisen.
- Die UNMIK hat insbesondere vor dem Hintergrund der fragilen sozialen Situation davor gewarnt, Kernfamilien im Rückkehrprozess auseinanderzureissen. Tatsächlich scheint besonders im Falle von Familienvätern mit dem B-Status, die in der Folge des Kriegs ihre Frau und Kindern in die Schweiz holen konnten, ein Auseinanderreissen der Familie stattgefunden zu haben. Vor die Wahl gestellt, entweder als ganze Familie ausreisen zu müssen und dann kein Einkommen vor Ort mehr zu haben, oder Frau und Kinder „freiwillig“ heimkehren zu lassen, scheinen in der Phase II und III zahlreiche Frauen mit Kindern allein auszureisen.
- UNMIK hat nachweislich gegenüber den betroffenen Regierungen nachdrücklich vor einer Überlastung der fragilen Strukturen vor Ort und der Rückführung von sozial schwachen Personen (vulnerable cases) gewarnt.

Fazit: Im MOU wurde seitens der UNMIK aufgrund der problematischen Situation klar auf Freiwilligkeit der Rückkehr gesetzt. Die forcierte Rückkehr hat in vielen Fällen eine sehr schwierige Situation provoziert.

## Minorities

Die Situation der Minorities hat sich generell nicht verbessert. Im Annex findet sich eine Übersicht über die generelle Situation der Minderheiten.<sup>14</sup>

- In der Region von Prizren hat sich die Situation teilweise etwas entschärft. Jedoch gilt auch in dieser Gegend, dass die Bewegungsfreiheit der Torbesh und Gorani massiv eingeschränkt ist.
- Die Strafverfolgung der mutmasslichen Kriegsverbrecher hat noch nicht eingesetzt. Im Gegenteil wurde die Beschränkung der Bewegungsfreiheit der mutmasslichen Täter aufgehoben. Dies führt dazu, dass diese Personen in UNHCR-Bussen unter KFOR-Schutz frei aus den Enklaven aus- und wieder einreisen können. Dies wird nebst vielen anderen Faktoren dazu führen, dass die Situation weiterhin angespannt bleibt und die Verbitterung der albanischen Bevölkerung sowie die Bereitschaft zur Lynchjustiz Zuflucht zu nehmen wächst und die Normalisierungschancen zurückgehen.

Fazit: Die Angehörigen der ethnischen Minderheiten sind nach wie vor gefährdet.

## Wahlen

Die Wahlen werden voraussichtlich am 28. Oktober stattfinden. Die Registrierung ist mit 1,2 Millionen Eintragungen ins WählerInnenregister erfolgreich abgeschlossen. Die serbische Wohnbevölkerung (schätzungsweise 100'000 Personen) hat sich nicht registriert. Dies wurde nachweislich seitens Belgrad verhindert.

- Man hofft auf eine Stabilisierung durch die Wahlen und befürchtet gleichzeitig die Zunahme von politisch motivierter Gewalt im Vorfeld der Wahlen.
- 20 politische Parteien, drei Bürgerinitiativen und 15 parteilose KandidatInnen haben sich zur Wahl angemeldet. Anfangs August wurde auch eine überparteiliche Frauenkoalition gegründet.

Fazit: Die Wahlen werden von der Mehrheit als Mittel zur Stabilisierung Kosovos eingeschätzt. Die Befürchtung, dass sie mittels Gewalt gegen politische ExponentInnen gezielt verhindert werden sollen, ist weit verbreitet. Bisher zeigt sich die OSCE entschlossen, die Wahlen durchzuführen.

---

<sup>14</sup> Deutsche Zusammenfassung des OSCE/UNHCR-Assessments vom 9. Juni 2000 siehe Annex

## Zusammenfassung

Kosova befindet sich auch im August des laufenden Jahres in einer fragilen und instabilen Übergangsphase. Der Schritt von Nothilfe zu langfristiger Normalisierung ist noch nicht abgeschlossen. Die zivilrechtlichen und sozialstaatlichen Strukturen greifen noch nicht wirklich. Zerstörung und stockender Wiederaufbau bewirken zusammen mit der massiven Rückkehr aus dem Ausland auch in diesem Winter einen Engpass bezüglich adäquater Unterkünfte. Der fehlende Arbeitsmarkt und das noch nicht funktionierende Fürsorgenetz führen dazu, dass sozial schwache Personengruppen in Notlagen geraten, dazu gehören namentlich alleinstehende Frauen und Personen, die spezifische medizinische Versorgung bräuchten. Die Angst im kommenden Winter mit gleichen Problemen wie im vergangenen konfrontiert zu sein, jedoch ohne humanitäre Nothilfe ist weit verbreitet. Trotz ausbleibender Normalisierung und Stabilisierung werden seit Frühjahr des laufenden Jahres Tausende von KosovarInnen namentlich aus Deutschland und der Schweiz zurückgeführt. Der Druck auf die RückkehrerInnen hat zusammen mit der Androhung von Zwangsausschaffungen dazu geführt, dass in vielen Fällen auch Personen, die der Kategorie der sozial schwachen Gruppen angehören, ‚freiwillig‘ ausgereist sind, respektive Kernfamilien getrennt wurden.